

# Zivilrechtlicher Gewaltschutz

Bearbeitet von  
Prof. Dr. Martin Löhnig, Dr. Andreas Gietl

3., völlig neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage 2016. Buch. 134 S. Softcover

ISBN 978 3 503 12613 2

Format (B x L): 15,8 x 23,5 cm

Gewicht: 222 g

[Recht > Zivilrecht > Familienrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



# **Zivilrechtlicher Gewaltschutz**

von

**Prof. Dr. Martin Löhnig**

Universität Regensburg

und

**Dr. Andreas Gietl**

Staatsanwalt

Weiden

3., völlig neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage

**ERICH SCHMIDT VERLAG**

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter**  
**ESV.info/978 3 503 12613 2**

1. Auflage 2002

2. Auflage 2004

3. Auflage 2016

ISBN 978 3 503 12613 2

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2016

[www.ESV.info](http://www.ESV.info)

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen  
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch  
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den  
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992  
als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin  
Druck: Strauss, Mörlenbach

## **Vorwort**

Mit Inkrafttreten des FGG-RG hat sich das Verfahrensrecht des Familienrechts und damit des hier behandelten zivilrechtlichen Gewaltschutzes vollständig verändert. Dem trägt die dritte Auflage Rechnung.

Das FGG-RG hat zudem dazu geführt, dass nun das Familiengericht für alle Entscheidungen nach dem GewSchG zuständig ist, was zu einer erheblichen Vereinfachung für die Rechtsanwender geführt hat. Seit dem 11.01.2015 ist das EU-Gewaltschutzgesetz in Kraft getreten, so dass nun Gewaltschutz-Anordnungen aus anderen EU-Staaten in Deutschland über ein vereinfachtes Verfahren anerkannt und vollstreckt werden können. Auch diese Änderung wurde in der dritten Auflage eingearbeitet. Hinzu kommt die Diskussion um die Norm § 1631d BGB zur Beschneidung männlicher Kinder, die ebenfalls Eingang gefunden hat.

Das Buch enthält nun auch Formulare: Es finden sich jeweils ein Antrag nach §§ 1, 2 GewSchG sowie ein Muster für eine eidestattliche Versicherung.

Die Verfasser bedanken sich für die freundliche Aufnahme und konstruktive Kritik, die auch die zweite Auflage des „Zivilrechtlichen Gewaltschutzes“ erfahren hat und erbitten auch weiterhin kritische Hinweise, die zu einer Verbesserung des Werkes beitragen können. Die Verfasser danken zudem Frau Elisa Hirtreiter für die Hilfe bei der Arbeit an diesem Buch.

Regensburg, im September 2015

Andreas Gietl und Martin Löhnig

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Vorwort .....</b>	<b>5</b>
<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>7</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>13</b>
<b>A. Einleitung .....</b>	<b>17</b>
<b>B. Der Schutz des Kindes .....</b>	<b>21</b>
I. Einführung .....	23
II. Anwendbares Recht .....	24
1. Anwendbares Recht nach KSÜ .....	24
2. Anwendbares Recht nach MSA .....	25
3. Anwendbares Recht nach EGBGB .....	26
III. Das Recht des Kindes auf gewaltfreie Erziehung, § 1631 Abs. 2 BGB .....	26
1. Verbotene Erziehungsmaßnahmen .....	26
a) Körperliche Bestrafungen .....	26
b) Seelische Verletzungen .....	27
c) Andere entwürdigende Maßnahmen .....	27
2. Adressaten des Gewaltverbots .....	28
3. Ansprüche des Kindes aus § 1631 Abs. 2 BGB? .....	28
IV. Sonderproblem „Beschneidung“ .....	30
V. Maßnahmen des Familiengerichts nach § 1666 BGB .....	33
1. Die Gefährdung des Kindeswohls .....	33
a) Voraussetzungen für Maßnahmen nach § 1666 BGB .....	33
b) Insbesondere: Kindeswohl .....	34
c) Insbesondere: Gefährdung des Kindeswohls .....	34
d) Vorrang und Verschulden der Eltern .....	36
2. Maßnahmen des Familiengerichts zum Schutze des Kindeswohls .....	36
a) Allgemeines: Die Wahl der Maßnahme und ihre Begründung durch das Gericht .....	36
b) Maßnahmen gegen den Sorgeberechtigten .....	37
aa) Häufige Maßnahmen .....	37
bb) Insbesondere: Untersagung der Nutzung der Familienwohnung .....	39
c) Maßnahmen gegen Dritte .....	40

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
aa) Allgemeines .....	40
bb) Insbesondere: Beschränkung und Ausschluss des Umgangsrechts .....	41
3. Das Verfahren für Maßnahmen nach §§ 1666, 1666a BGB .....	42
a) Allgemeines .....	42
b) Zuständigkeit .....	43
aa) Internationale Zuständigkeit .....	43
bb) Sachliche Zuständigkeit .....	45
cc) Örtliche Zuständigkeit .....	45
dd) Funktionelle Zuständigkeit .....	45
c) Maßnahmen zur Ermittlung der Kindeswohlgefährdung .....	46
aa) Einholung eines Sachverständigengutachtens .....	46
bb) Anhörungen .....	48
d) Verfahrensbeistand .....	51
e) Zwangsvollstreckung .....	52
f) Rechtsmittel .....	53
aa) Beschwerde .....	53
bb) Rechtsbeschwerde .....	54
4. Einstweilige Anordnung des Familiengerichts .....	55
a) Allgemeines .....	55
b) Verfahrensrechtliche Besonderheiten .....	55
c) Wirkungsdauer .....	56
d) Inhalt .....	57
5. Formular .....	57
VI. Unterlassungsansprüche des Kindes aus § 1004 BGB .....	57
1. Allgemeines .....	57
2. Ansprüche gegen den Inhaber des Sorgerechts .....	58
3. Ansprüche gegen Dritte .....	58
VII. Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüche des Kindes .....	59
1. Schadensersatz .....	59
a) Deliktische Ansprüche .....	59
b) Ansprüche aus Familienrecht .....	60
c) Verhältnis der Eltern zueinander .....	60
d) Spannungsverhältnis zu § 1666 BGB .....	61
2. Schmerzensgeld .....	61
3. Verjährung der Ansprüche .....	63
a) Verjährungsfristen .....	63
b) Hemmung der Verjährung .....	63
C. Gewaltschutz nach § 1 GewSchG .....	65
I. Allgemeines .....	67
1. Voraussetzungen für den Erlass einer Schutzanordnung .....	68

## *Inhaltsverzeichnis*

	Seite
a) Materiellrechtlicher Anspruch .....	68
b) Persönlicher Anwendungsbereich des GewSchG .....	68
c) Vorsatz .....	69
d) Rechtsgutsverletzung und gleichgestellte Handlungen .....	69
aa) Rechtsgutsverletzung .....	69
bb) Gleichgestellte Handlungen .....	71
cc) Rechtswidrigkeit .....	74
dd) Schuldfähigkeit des Täters? .....	75
ee) Wiederholungsgefahr .....	75
ff) Antrag .....	76
II. Rechtsfolge: Schutzmaßnahmen .....	76
1. Verhältnismäßigkeit .....	76
2. Erforderlichkeit .....	77
3. Mögliche Anordnungen .....	77
a) Betretungsverbot .....	77
b) „Bannmeile“ .....	78
c) Aufenthaltsverbot .....	78
d) Kontaktverbot .....	78
e) Verbot des Zusammentreffens .....	79
f) Weitere Anordnungen .....	79
g) Strafbarkeit .....	80
III. Das Verfahren nach GewSchG .....	81
1. Allgemeines .....	81
2. Zuständigkeit .....	81
3. Einstweiliger Rechtsschutz .....	82
a) Allgemeines .....	82
b) Antrag .....	82
c) Glaubhaftmachung .....	82
d) Verbundverfahren .....	83
e) Notwendigkeit einer Hauptsache? .....	83
f) Rechtsmittel .....	83
4. Vollstreckung .....	83
5. Rechtsmittel .....	84
6. Kosten .....	84
7. VKH .....	85
8. Vergleich .....	86
IV. Gewaltschutz in der EU nach dem EU-Gewaltschutzverfahrensgesetz .....	86
V. Unterlassungsklage außerhalb des GewSchG .....	86
VI. Formulare .....	87

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>D. Die Wohnungsüberlassung als besondere Schutzmaßnahme .....</b>	<b>93</b>
I.    Einführung .....	95
II.    Wohnungsüberlassung nach § 1361b BGB .....	95
1.    Allgemeines .....	95
a)    Anwendungsbereich des § 1361b BGB .....	95
b)    Anwendbares Recht (IPR) .....	96
2.    Ehewohnung .....	96
a)    Begründung der Eigenschaft als Ehewohnung .....	96
b)    Verlust der Eigenschaft als Ehewohnung .....	97
3.    Vorläufige Zuweisung während der Trennungszeit .....	98
a)    Getrenntleben .....	98
b)    Unbillige Härte .....	98
aa)    Allgemeines .....	98
bb)    Besonderer Gewaltschutz des § 1361b Abs. 2 BGB .....	98
cc)    Abwägung der Umstände des Einzelfalls .....	99
dd)    Substantierter Vortrag der Umstände .....	102
c)    Fehlende Aufteilungsmöglichkeit .....	102
aa)    Unzulässigkeit der Aufteilung .....	102
bb)    Ungeeignetheit der Aufteilung .....	103
4.    Vergütungspflicht .....	103
a)    Allgemeines .....	103
b)    Anspruchsvoraussetzungen .....	103
aa)    Wohnungsüberlassung nach § 1361b Abs. 1 BGB .....	103
bb)    Billigkeit .....	104
cc)    Höhe der Vergütung .....	105
c)    Nutzungsvergütung und Unterhalt .....	105
aa)    Unterhaltsanspruch des verbleibenden Ehegatten .....	105
bb)    Unterhaltsanspruch des weichenden Ehegatten .....	106
5.    Erschwerungsverbot .....	106
III.    Wohnungsüberlassung nach § 14 LPartG .....	107
IV.    Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG .....	107
1.    Voraussetzungen des Anspruchs auf Wohnungsüberlassung .....	108
a)    Gewalttat .....	108
aa)    Vollendete Gewalttat .....	108
bb)    Drohung .....	108
b)    Gemeinsamer Haushalt .....	109
c)    Kein Anspruchsausschluss .....	110
aa)    Präventionsfunktion .....	110
bb)    Verwirkung .....	110
cc)    Täterinteressen .....	111
2.    Rechtsfolgen .....	111

## *Inhaltsverzeichnis*

	Seite
a) Überlassung der Wohnung .....	111
aa) Allgemeines .....	111
bb) Alleinberechtigung des Opfers .....	111
cc) Gemeinsame Berechtigung von Opfer und Täter .....	111
dd) Keine Berechtigung des Opfers .....	112
b) Erschwerungsverbot .....	112
c) Nutzungsvergütung .....	112
V. Wohnungsüberlassung und Mietrecht/Sachenrecht .....	113
VI. Verfahrensrechtliche Aspekte der Wohnungsüberlassung .....	114
1. Allgemeines .....	114
2. Zuständigkeit .....	114
a) Wohnungsüberlassung nach § 1361b BGB .....	114
b) Wohnungsüberlassung nach § 14 LPartG .....	114
c) Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG .....	114
3. Einstweiliger Rechtsschutz .....	115
a) Einstweilige Anordnung nach §§ 49ff. FamFG .....	115
b) Beschwerde gegen die einstweilige Anordnung .....	115
4. Abänderung von Entscheidungen .....	115
a) Wesentliche Änderung der tatsächlichen Verhältnisse .....	115
b) Rechtsmittel: Beschwerde .....	115
5. Vollstreckung .....	116
VII. Möglichkeiten bei fehlendem gemeinsamen Haushalt .....	116
VIII. Formular: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung .....	117
<b>E. Gewaltschutz und Polizeirecht .....</b>	<b>121</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>125</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>129</b>